

Bebel, Bürger, Bücher

Loest, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Loest, E. (2006). Bebel, Bürger, Bücher. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 39-51). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-155846>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Bebel, Bürger, Bücher

Erich Loest

Sie liegen nun fünfzehn Jahre zurück, jene unvergesslichen Monate zwischen den Leipziger Montagsdemonstrationen, dem Behauptungsschrei »Wir sind das Volk«, der Öffnung von Berliner Mauerlöchern, weil ein mümmelnder Politamateure den falschen Zettel aus der Tasche zog, dem Kirchenasyl des Atheisten Honecker, dem Run von Millionen Ostbürgern, auch bislang strammer Genossen (»Das steht uns doch zu!«), auf die hundert Begrüßungs-D-Mark, der Schnellehe zwischen Banane und Bockwurst, wie sie Klaus Staeck auf einem Plakat montierte, der anfänglichen Verachtung des Ostgelds (»Alu-Chips«) und der baldigen Wertschätzung als Umtauschpolster, der Journalistenüberzeugung, die SPD werde in der DDR haushoch obsiegen, und dann triumphierte Kohls »Allianz für Deutschland«, dem Ausverkauf bundesdeutscher Altautos auch mit höchstem Rostanteil und anderer Ladenhüter (Kunstlederjacken, Bildband »Die Küche der Toskana«) in Richtung Ost, die Blamage illusionsblinder Berliner Intellektueller mit der Phantasterei »Für unser Land«, endlich *Bild* an jeder Straßenecke – diese Monate dürfen zusammengefasst werden unter dem gellendglücklichen Millionenschrei »Wahnsinn«! Dazu »Rotkäppchen«-Sekt.

Gestern feierten wir den »Tag der deutschen Einheit«. Feierten wir? Feierte das Volk? Als wir 1990 die Wahl hatten zwischen dem 1. Mai, dem 17. Juni, dem 9. Oktober, als 70.000 Leipziger friedlich um ihren Ring zogen, und dem 9. November, dem Tag, an dem sich unsere Geschichte im Schrecklichen und Schönsten bündelt, benannten wir nicht einen von den vieren, sondern die Regierung verordnete uns ein Beschlussdatum. Immerzu war die deutsche Einheit beschworen worden, ihr Ziel gehörte zum Grundgesetz. Als sie greifbar war, hatten weder Regierung noch Opposition im Geringsten vorbedacht. Generalstäbler aller Länder feilen ständig an Plänen für jeden denkbaren und undenkbaren Fall. Kommt der Feind von untenlinksaußen oder schrägrechtsoben, sie sind bereit. Nicht so irgendwer in der alten Bundesrepublik mit einem Gesamtdeutschen Ministerium, Forschungsinstituten und Gesellschaften. Diesbezügliche Schubladen waren nicht nur leer, es gab sie nicht.

Vermutlich wird in einigen Jahren verblüfftes Nachdenken über uns kommen, wie wir es weiterhin mit dem 1. Mai halten sollen, dem »Tag der Arbeit«, dann näm-

lich, wenn zu den drei Prozent Beschäftigten in der Landwirtschaft noch zehn oder fünfzehn Prozent Spezialisten zu rechnen sein werden, die Hochleistungsautomaten bedienen, von denen im Überfluss gefertigt wird, was wir so brauchen – von der Reißzwecke über noch schlaudere Automaten bis zur Weltraumrakete. »Tag der Arbeit«? werden unsere Urenkel die letzten ergrauten Gewerkschaftsfunktionäre fragen und sich gründlich wundern.

Der 17. Juni 1953, jahrzehntelang im Osten verschwiegen und im Westen wesenlos geworden, erlebte letztes Jahr eine phantastische Renaissance. Bücher wurden geschrieben und Filme gedreht, Bürger in den Städten des Aufstands forschten, und viele der Heutigen wurden sich bewusst, dass es keineswegs nur ein Streik der Bauarbeiter von der Berliner Stalinallee war, sondern eine republikweite Rebellion. Ganz Sachsen-Anhalt brannte, in Leipzig, Dresden, Görlitz gingen Zehntausende auf die Straße und forderten ein menschenwürdiges Leben ohne kommunistische Diktatur. Die sowjetischen Panzer rollten, *mussten* rollen nach den Bedingungen der Zeit, und wir begriffen nach heftigen Debatten, dass es unmöglich war, in diesem Jahr 1953, acht Jahre nach Kriegsende, von den Siegermächten zu verlangen, dass die Deutschen, *diese Deutschen* schon wieder die Geschicke in die Hand nehmen durften. Bis es dahin kommen konnte, mussten Jahrzehnte demokratischer Läuterung vergehen.

Meine Damen und Herren, ich bin branchenfremd hier und dennoch unbescheiden. Ich könnte mir eine Doktorarbeit vorstellen, die untersucht, inwieweit am 17. Juni 1953 die Ideale der Sozialdemokratie gegen die SED, also den Kommunismus, den Stalinismus ihr letztes Gefecht führten. Gehört dieser Konflikt sogar ins Zentrum des Aufstands? Im Verlauf meines Vortrags werde ich mich noch weidlich mit der SPD anlegen, so dass ich verzichte, diese Idee als überfällig für das Wirken der SPD-Grundwertekommission zu bezeichnen.

Den 9. November lassen wir heute beiseite, er allein wäre ein abendfüllendes Thema. Das Nachdenken über den 3. Oktober ist längst nicht beendet. Manchmal kommt es uns vor, als wäre der Feiertag provisorisch und könnte durch Regierungsdekret kurzerhand abgeändert oder verlegt werden. Gestern, am unruhenden Tag, sowieso Sonntag, ging's ja besonders mau und flau zu. Peinlich war es beim zehnten Jubiläum. Zum Staatsakt im Berliner Bundestag drängelten sich Politiker, die damals dabei oder nicht dabei waren, alle, alle wollten auf die Tribüne und ins Fernsehen. Die Liste wurde länger und länger, bis jemand darauf kam, das Volk, der große Lümmel, das weiland eine Greisenriege gestürzt hatte, war schlicht vergessen worden. In letzter Minute durfte Joachim Gauck mitspielen. Die Worte der Politiker von damals sind vergessen und verweht, ein Satz des Bürgerrechtlers bleibt: »Wir träumten vom Paradies und wachten auf in Nordrhein-Westfalen«, will heißen, im profanen bundesdeutschen Alltag.

Das Jahr 1989 lebt im Gedächtnis, in Büchern und Filmen. In den letzten Tagen berichteten Fernsehdokumentationen, was aus den Akteuren von damals geworden ist. Wieder hörten wir Genschers heisere Stimme vom Balkon in Prag, und Tränen stiegen uns in die Augen. Als alle Gefahr vorbei war, strömten Massen von Ostdeutschen übergewichtig und neugierig aus der Platte, heiter vermutend, das neue Leben bestehe vor allem aus Altautomärkten, der Bundesliga und Hitparaden der Volksmusik mit Caroline Reiber. Dass auch der Versorgungsmief fortfiel, merkten sie allmählich und fanden es ungerecht. »Dafür sind wir nicht auf die Straße gegangen«, klagten vor allem die, die dort nie gesichtet worden waren. Hohn und Spott gossen Monika Maron und Stefan Heym über die Freuden und Freunde des Konsums aus. Sie hätten besser geschwiegen – wem seit längerem Reisemöglichkeiten und die Gelegenheit, Westgeld zu verdienen, vergönnt waren, stand es schlecht an, über die arme Verwandtschaft zu lästern.

Das Jahr 1990 mit diesem 3. Oktober müssen wir noch weithin aufklären. Es begann mit der Märzwahl in der DDR, danach hielt der wütende Schily eine Banane vor die Kamera und entschuldigte sich später dafür, ich verstand den Mann. Scharlatane stiegen auf und zerplatzten wie Ibrahim Böhme und Rechtsanwalt Schnur. Die Währungsverschmelzung vom Juni wertete die Ostmark um dreihundert Prozent auf und stürzte die Wirtschaft der DDR ins Bodenlose. Gelegentlich hört man, ein gewisser Horst Köhler habe dazu geraten; jedenfalls trat Bundesbankpräsident Pöhl protestierend zurück.

Noch heute und auf lange Zeit kauen wir an der damals verursachten Arbeitslosigkeit mit der Abwanderung als Dauerfolge. Helmut Schmidt wird nicht müde, uns diese Aufwertung als Krebschaden für zwei, drei Generationen nachzuweisen. Aus der Riege der Großversager soll nur einer genannt werden, BRD-Wirtschaftsminister Haussmann von der FPD – den kennt heute keiner mehr außer mir. Kurt Biedenkopf schätzte ein, dieser Mann sei bereits mit der Leitung eines mittleren Betriebs überfordert gewesen; nun wurde ihm die Verzahnung von zwei gegensätzlichen Volkswirtschaften aufgebürdet.

Von den wenigen Profis damals ist Hans-Dietrich Genscher zu rühmen, der in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen zweierlei Deutsche, Sowjets, Franzosen, US-Amerikaner, Polen, Tschechen und letztlich sogar Frau Thatcher dazu bewog, unserer Vereinigung zuzustimmen. Still und pannenfrei arbeiteten Offiziere der Bundeswehr, sie lösten die Volksarmee der DDR auf, übernahmen dienstgradreduziert einen kleinen Teil des Personals, entließen den anderen in eine friedliche, wenn auch arbeitsarme Zukunft, beseitigten Unmassen von Schießgerät, Schrott und Gebirge von Munition, und das alles ohne Zusammenprall und Getöse. Leiser und für die Umwelt bekömmlicher hauchte selten eine Armee ihren Ungeist aus. Die NVA besaß Sterbehelfer von Umsicht und Taktgefühl.

Das Ende des sozialistischen Experiments auf deutschem Boden fand nicht nur Zustimmung. Von den noch in der DDR lebenden Schriftstellern erhoffte ein erklecklicher Teil die Fortführung dieses Traums, demokratisch nun natürlich und effektiv. Von der SED, stärker als zwei Millionen, blieben wenig mehr als zehn Prozent übrig und nannten sich nun PDS, die anderen schlugen sich möglichst unauffällig in die neuen demokratischen Büsche. Furcht ging um unter den Hauptamtlichen der Staatssicherheit und ihrer Spitzelschar, geschürt von diesem Diestel, der Mord und Totschlag an die Wände malte, sollten deren Akten nicht vernichtet werden. Unter westdeutschen Intellektuellen gingen Vermutungen um, ob die Deutschen nicht weiterhin für das Verbrechen von Auschwitz durch ewige Trennung zu büßen hätten.

Nun ein Sprung über fünfzehn, vierzehn Jahre hinweg! Sie, meine Damen und Herren, sind aus ganz Deutschland nach München gekommen und haben einen Sachsen eingeladen. Der wird über das reden, was er am besten zu kennen meint, halten zu Gnaden. Verallgemeinerung ist nur möglich, wenn die Zutaten stimmen. In der mir zugemessenen Zeit hören Sie dieses und jenes aus meiner Küche und drum herum. Mit Ihrer Erfahrung mixen und notfalls nachwürzen dürfen Sie selbst.

Neulich wurde Bilanz gezogen bei der Sachsenwahl. Für einen Geschichtsbesuwsten wie mich bedeutet das grässliche Abschneiden der SPD einen üblen Schlag. Er besinnt sich, dass in seinem Leipzig vor hundertfünfzig Jahren die Sozialdemokratie erfunden wurde; die Konstrukteure hießen August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Das ist im heutigen Leipzig durchaus nicht Gemeinwissen, das wird nur von wenigen hergezählt, wenn sie die Historie betrachten. Da ist von der Messe die Rede, von Bach und Mendelssohn, der Völkerschlacht, vom Eisenbahnpionier List. Aber Bebel?

Ich stehe mit Werner Schietzel an einer Straßenkreuzung in Stötteritz. Rechtwinklig geht es hier zu, Arbeiterwohnungen wurden hingeschachtelt, als rundum die Fabrikschlote qualmten. Nahebei wuchs das Graphische Viertel, ein Weltzentrum, das 1943 im Bombenhagel unterging. Dort drüben, sagt Schietzel, lag vor hundert Jahren eine Bibliothek der Metallgewerkschaft. Wir befinden uns auf historischem Boden.

Das Ehepaar Irmgard und Werner Schietzel unterhält in der Rudolf-Hermann-Straße eine Jugendbibliothek. Das Wort »unterhält« muss erklärt werden. Beide sind älter als siebzig und waren in ihren Arbeitsjahren Bibliothekare. Es bedrückt sie, dass die Zweigstelle der Städtischen Bibliotheken in Stötteritz dem Sparen geopfert wurde. Weit und breit keine Buchhandlung – da wendeten sie sich an die nahe Schule, aber dort war kein Raum für eine Bibliothek frei. So riefen sie die Stötteritzer Bürger zu Buchspenden auf, 4.000 Bände kamen zusammen. Sie mieteten einen Laden und richteten ihn ein, sammelten Bares – hier zwei, dort fünf Euro – animierten Schüler einer achten Klasse, Nancy, Anne, Nils, Alexander und ihre

Freunde, und betreiben nun seit einem knappen Jahr diese, ihre Bibliothek. Die Ladenmiete von 170 Euro im Monat berappen sie nicht selten aus der eigenen Rentnerkasse. An zwei Nachmittagen in der Woche haben sie geöffnet, Steffi und Christian bereiten Bücher für die Ausleihe vor, füllen Kärtchen aus, ordnen die Regale. Das alles schaffen sie mit jugendlichem Eifer, sie tun etwas, sie helfen und lernen. Sie sind wer.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit wendeten sich Schietzels an eine bekannte Persönlichkeit der Stadt und baten um Hilfe. Die Persönlichkeit hörte höflich zu und beschied, leider stehe ihr kein Fonds zur Verfügung, in den sie greifen könne, alles sei vertrackt und zementiert. Abgesehen davon wünsche sie besten Erfolg. Die Persönlichkeit war neben ihrer Position auch noch Mitglied der SPD, und so gewinnt der Vorgang eine frische Dimension. Denn die Persönlichkeit kam nicht im mindesten auf die Idee, dass hier etwas geschah, das August Bebel eine stürmische Freude bereitet hätte, das ur-sozialdemokratisch genannt werden darf und die Hilfe *seiner Partei* notwendig machte. Die wenigen SPDler von Stötteritz mobilisierte er nicht, ging keineswegs neugierig hin, erzählte seine Erkenntnisse nicht herum unter Schriftstellern und sonst wo bei Leuten, die vielleicht ein paar Euro übrig gehabt hätten. Die Hälfte seiner Person, die amtliche, bedauerte zu Recht die behördliche Hilfslosigkeit. Die zweite, die mit dem Parteibuch, blieb blind, stumm und taub.

So hat es damals angefangen: 1860 ließ sich der rheinische Drechslergeselle Ferdinand August Bebel nach zeitüblicher Wanderschaft in Leipzig nieder. Ein Jahr später trat er dem Gewerblichen Bildungsverein bei, der sich vier Jahre danach Arbeiterbildungsverein nannte, und zu dessen Erstem Vorsitzenden er gewählt wurde. Mit Bildungs-, mit Gesangvereinen begann die Arbeiterbewegung, aus ihnen erwuchs in Etappen die große Sozialdemokratische Partei, an deren Beginn heute unsicher auf Parteitage erinnert wird, indem führende Genossen, die meisten verschämt und textunsicher, »Wann wir schreiten Seit an Seit« anstimmen.

In Leipzig begann, was die Eheleute Schietzel wieder von sich aus beginnen. Es hat keinen Zweck, sage ich ihnen, sich an das Rathaus um Hilfe zu wenden. Dort sind die Kassen leer und obendrein zugesperrt. Ein Bibliotheksplan mit mannigfachen Schließungen kleiner Außenstellen wurde in jahrelanger Arbeit aufgestellt, nun ist er, da das Geld fehlt, schon wieder Makulatur. Mir fällt ein: Wenn schon entlassen werden muss, warum nicht den Direktor ganz oben auf der Streichliste platzieren? Ein schrumpfender Betrieb braucht ihn nicht, die tüchtige Leiterin für Öffentlichkeitsarbeit schafft sein Bisschen mit. Da lachen Schietzels, und ich lache auch über diesen kuriosen Einfall.

Übrigens, sage ich noch, von allen Schriften Bebels ist gegenwärtig nur eine im deutschen Buchhandel lieferbar, »Die Frau und der Sozialismus« als neunter Band einer Internationalen Bibliothek des Dietz-Verlags in Bonn. Alles andere müsste man, wenn man nachlesen will, in den Antiquariaten suchen. So ist es bestellt mit

der Erinnerung an einen der wichtigsten deutschen Politiker. So wird er geehrt in dieser Stadt, von der er weiterzog nach Berlin in den Reichstag. Manchmal saß er natürlich, wie es sich gehört für einen politisch aktiven Menschen, im Knast. Vergesst das Rathaus, wiederhole ich, fährt hinaus in den Vorort Mölkau und schaut euch die dortige Bürgerbibliothek an, dieses Schmuckstück von Initiative und Gemeinsinn!

Es geht uns doch gut. Vieles ist heutzutage so selbstverständlich. Die Getränke- und Lebensmittelstände sind gerade dann, wenn es besonders heiß ist, zum Bersten gefüllt. Niemand hält eine Bierflasche gegen das Licht, um zu prüfen, ob der Inhalt trüb sei. Rindslende liegt auf und nicht unter dem Ladentisch. Wer über Berlin-Bahnhof Zoo im Neigezug nach Hamburg fährt, überquert drei ehemalige Grenzen, damals bewacht womöglich vom Jungen aus dem Nachbarhaus, später Mauerschütze geheißen. Westzeitungen müssen nicht mehr geschmuggelt werden, Bücher aus aller Welt sind jedem zugänglich, der sie wünscht und bezahlen kann. Wem sind noch die Handgriffe geläufig, die jeder beim Anfeuern eines Kachelofens beherrschte? Auf dem Ascheberg im Hof bei uns in der Oststraße in Leipzig spielten damals die Ratten. Aber es ist weit von Leipzig nach Berlin und noch weiter von Berlin hierher. Hartz IV erscheint vielen als Tunnel am Ende des Lichts.

Wer heute fünfzig ist, mit fünfunddreißig schuldlos seinen Arbeitsplatz verlor, seither dreimal umgeschult wurde und vergeblich Hunderte Bewerbungsbriefe verschickt hat, kann weder durch Politikerschwur noch durch Pressekommentar zuversichtlich gestimmt werden. Für ein Drittel der Ostdeutschen bedeutet das Ende der DDR *auch* Freiheit, aber der Sturz der Diktatur lieferte nicht die Möglichkeit mit, diese Freiheit zu nutzen. Deshalb sehnt sich die Mehrheit aus diesem Drittel nicht nach den alten Bevormundungen und Scheußlichkeiten. Aber viele stehen am Straßenrand. Vor ihnen fließt das Leben, an dem sie nicht teilhaben können, und das eigene Leben verrinnt Jahr um Jahr im Sand.

Also Mölkau. Auch dort sparte die Stadtverwaltung die Bibliothek ein. Doch Bürger hielten es für unverantwortlich, Kindern und Alten weite und teure Straßenbahnwege zuzumuten. Der Heimatverein nahm sich der Weiterführung der Bücherei an. Ehrenamtliche Helferinnen wurden gewonnen. Das rief Schriftsteller auf den Plan, Gratislesungen zu halten. Eintrittsgeld wurde nicht erhoben, aber ein Kistchen aufgestellt für Spenden von denen, die sich einen Obolus leisten können. Neue Bücher konnten angeschafft werden, die Zahl der Leser steigt. Davon hörte der US-amerikanische Generalkonsul Fletcher M. Burton, er machte sich kundig vor Ort und sprach mit Englischlehrerinnen der benachbarten Schule. Die waren und sind begeistert wie die Schüler, dass nun Bücher aus und über Amerika in die Regale finden, dass persönliche Kontakte folgen werden.

Mit Dr. Jonas sitze ich im Mölkauer Gasthof. Seit kurzem ist er Pensionär, vorher war er Stadtverordneter und kennt manchen Verwaltungsweg. Die Mietzahlung

der Bibliothek an die Stadt will er drücken, ihm ist Wohlwollen zugesichert worden. Wir überlegen: Wer wohnt denn alles so in Mölkau, der um Beistand gebeten werden könnte? So, der weltberühmte Herzprofessor Mohr, sieh an. Der Herr Pfarrer sagte zu, eine Buchlesung in der Vorweihnachtszeit zu halten, keine Predigt; sicherlich wird seine Lektüre gebührenden christlichen Bezug haben. Im US-Generalkonsulat wird ein Praktikant seine Arbeit aufnehmen, ein richtiger »Ami« wird Schülern und Lehrern Proben echter Aussprache bieten, ein für sächsische Ohren staunenswertes Erlebnis. Lieber Herr Doktor Jonas, sage ich, ein Artikel in der Wochenschrift *Die Zeit* über Ihre Bestrebungen führt zu folgendem Ergebnis: Fritz J. Radatz, der Hamburger Kritiker, wird ein Paket mit Büchern von Kurt Tucholsky auf den Weg bringen, ein Teil für Mölkau, ein anderer für Stötteritz. Großartig, was? Und nun hat sich sogar das Fernsehen angemeldet.

Die Städtischen Bibliotheken in Leipzig erheben einen Jahresbeitrag von zehn Euro für Erwachsene und fünf Euro für Kinder. Im Gastgarten von Mölkau knobeln wir: Können wir uns einen Beitrag für acht Euro und einen für Kinder und Arbeitslose von einem Euro vorstellen? Welches Wachstum an Benutzern bringt das unterm Strich? Woher eventuell nötiger Zuschuss? Wir werden die strapazierten Großsponsoren wie Sparkasse, Brauereien und Autofirmen nicht behelligen. Unsere Basis sei der kleine Mann, die kleine Frau. Wir sind das Volk, wir sind es wirklich.

Wir schau'n aufs nahe Völkerschlachtdenkmal, das bis 2013 zum Doppeljubiläum wieder großartig in Ordnung gebracht werden soll. Gegenwärtig fehlen wieder einmal ein paar Millionen, wie das so ist – der Freistaat hat sich aus einem Bündnis zurückgezogen, der Förderverein lässt seine Mitwirkung ruhen. Die Bürgerbibliothek aber von Stötteritz und Mölkau verlieren die Ruhe nicht.

Wie wir so reden, fällt mir der Bundeskanzler ein. Vor einigen Jahren, als er sommers frohgemut durch die Ostlande zog, Cousinen herzlich, auf Dorfplätzen den Fußball im Tor versenkend, sprach ich zu ihm beim Unstrutwein: »Das Sozialdemokratischste, was es überhaupt gibt, ist die öffentliche Bibliothek, gefolgt von der Volkshochschule, dem Schrebergarten und dem Fußball in der zweiten Kreisklasse.« Da lachte »der Gerd« und schenkte der Leipziger Bibliothek zehntausend Mark und wiederholte die gute Tat ein Jahr darauf. Diese Zeit der Großzügigkeit ist vorbei, aber ich denke an meinem Spruch herum und finde ihn nicht nur als Sommernachtsspaß geeignet.

Bibliothek, Volkshochschule, Freizeit an frischer Luft und Breitensport – wäre das geeignet als Basis eines heutigen SPD-Programms? Die sächsische SPD hat in den fünfzehn Jahren seit der Befreiung nicht eine, nicht einen hervorgebracht, die, den man als geistig führenden Kopf bezeichnen könnte. Es ist an der Zeit, dass wieder einmal festgeklopft wird, was Sozialdemokratie von anderen Parteien unterscheidet, und da geht vor allem und zuerst der Blick auf die Armen. Das sind andere als vor hundertfünfzig Jahren, es ist nicht mehr das ausgebeutete Proletariat in

lärmdurchtosten Fabrikhallen oder als Sensenmann einer Schnitterkolonne. Wer heute bei BMW montiert oder den klimatisierten Mähdrescher lenkt, ist privilegiert.

Das wäre ein Thema für einen Leipziger Historiker oder Soziologen. Dann bräuchte ich nicht mehr zu klagen, wie wenig unsere Universität zur Stadt gehört, wie selten sie hineinwirkt ins aktuelle Geschehen. Das wäre was: Ein Professor diskutiert mit Arbeitern, Veteranen, Straßenkehrern und Köchinnen über sozialdemokratische Grundwerte. Im Garten des Mölkauer Gasthofes erwächst eine Vision: Eine Germanistikprofessorin begibt sich mit Studentinnen und Studenten in die Bürgerbibliotheken von Mölkau und Stötteritz und bietet Basishilfe an. Um zu solchem Höhenflug fähig zu sein, ist freilich mehr als ein Bier nötig.

Ich suchte Verbündete. Leipzigs Grüne, so versprach mir ihr Frontmann, wolle die Bibliothek in Wiederitzsch als Pate betreuen. In länger als einem halben Jahr trieben die neu ermittelten Besserverdienenden mehr als 72 Euro auf – was für ein jammervolles Ergebnis. Nun sind die Grünen in den Landtag eingezogen und können im Augenblick vor Kraft und Stolz kaum laufen. Ich fürchte, die Wiederitzscher Kleinigkeit wird in Vergessenheit geraten.

So redet unsereiner über seine Stadt. Jeder andere würde aus anderem Blickwinkel schauen, der Oberbürgermeister sowieso, der Zoodirektor, ein Olympiasieger oder ein Anhänger von »Lok Leipzig«, das schöne Lied »Nie wieder elfte Liga« auf den Lippen. Anders ein Gastwirt, ein Asylbewerber, eine Studentin aus Polen. Der Sohn eines Freundes, gelernter Buchdrucker ohne jede Aussicht, in seinem Beruf Arbeit zu finden, Anfang vierzig, durfte zwei Jahre lang als Angestellter der Stadtreinigung unsere Straßen kehren. Jetzt wird er entlassen, das ist unwiderruflich. Denn auch andere wollen, dürfen für ein oder höchstens zwei Jahre ran an den Besen. Der Sohn meines Freundes liest in der Zeitung, für ein Transportunternehmen in Österreich werden dreißig Fahrer gesucht, Übersiedlung auf Dauer ist Bedingung. Er lebt gern in Leipzig mit Freundin und Kind. Nun wird von ihm eine Beweglichkeit verlangt, die für August Bebel selbstverständlich war, den Rheinländer, den Wandergesell.

Etwa sechstausend SPD-Mitglieder leben in Sachsen, es werden und werden nicht mehr. Hin und wieder diskutieren sie, ob es nicht besser gewesen wäre, 1990 die SPD für SED-Mitglieder zu öffnen, die sich der Sozialdemokratie zugehörig erklären wollten. Bekanntlich wurde abgelehnt, sich »das Blut der Sozialdemokratie«, ehemals von den Kommunisten aufgesaugt, zurückzuholen. SED-Funktionäre hätte man zumindest vorerst draußen vor der Parteitür lassen sollen. Eine Partei- strafe wegen ideologischer Abweichung, wegen Sozialdemokratismus und Versöhnertum hätte natürlich Pluspunkte gebracht. Gewiss wäre es nicht zu vermeiden gewesen, dass Seilschaften herübergeschlüpft wären, natürlich hätte sich mancher Karrierist eingemogelt. In einer mittelsächsischen Stadt fragten damals die sieben neuen SPD-Mitglieder probeweise, wer aus der SED zu ihnen stoßen wollte; es

waren sechsunddreißig. Da fürchteten sie, an die Wand gedrückt zu werden und meldeten ihrer Zentrale: Bloß nicht! So kann man heute noch drehen und wenden, ob es besser gewesen wäre, wenn. Die Debatte ist fruchtlos, der Gegenentwurf unbeweisbar.

Sachsens CDU hat ihren Pflichtbeitrag erfüllt. Zu Kurt Biedenkopfs Zeiten lief sie eine strahlende Kür jenseits der fünfzig Prozent, das muss man vom neuen Georg Milbradt nicht fordern. Als Ministerpräsident war er von vornherein ohne Gegenspieler. Die Zeiten sind unübersichtlicher durch Hartz IV, mit seinem bewährten zartbitteren Mona Lisa-Lächeln dominierte er die Plakate seiner Partei, aber er wagte auch Schlenker, die ihn Vertrauen kosteten. Mit einundvierzig Prozent war sein Wahlergebnis solid, doch die Zahl der Abgeordneten reicht nicht zur absoluten Mehrheit. So ist er zur Koalition gezwungen. Man liest in der Zeitung, es werde hart verhandelt. Die SPD, eben noch gedemütigt, haut auf die Pauke.

Eine neue Kraft taucht auf, die FDP. Bisher dümpelte sie um die zwei Prozent. Unterdessen hat sich ein teils freiberuflicher, teils in kleinen Betrieben innovativer Mittelstand entwickelt. Die Freidemokraten trumpften im Wahlkampf mit überraschenden Ideen. Nicht Berufspolitiker sollten die Landesgeschicke entscheiden, sondern Profis der Wirtschaft, mit einem Bein im Parlament, mit dem anderen in der Firma. Wer so lebt und arbeitet, kann natürlich mit geringeren Bezügen auskommen als einer, der nur mit der Politikerhand seine Familie und sich ernähren muss. »Senkt die Diäten!« war eine ihrer populären, nicht populistischen Botschaften. Westliche Altgelbe wie Gerhardt, Genscher, Lambsdorff gar spielten im Wahlkampf keine Rolle, der unvermeidliche Westervelle störte kaum, unverbrauchte Frauen und Männer schafften die Hürde. Sie hätten sich gut gemacht an der Seite der CDU in einem traditionellen Bürgerblock, aber die Sitzverteilung macht es unmöglich.

Auch die Grünen zogen in den Dresdner Landtag ein, hauchdünn war ihr Stimmenpolster. Sonderlich zündend waren ihre Angebote nicht, ihre Klientel wuchs, weil ihr Pflänzlein grünt und blüht allenthalben in Deutschland. Die frischen Abgeordneten werden sich die Augen reiben und fragen: Was treiben wir jetzt voran? Wo setzen wir unsere Duftmarken? Hochwasserschutz und Mülltrennung entdeckten schon andere. Erst mal drin sein. Etwas wird ihnen schon einfallen.

Die rechte Gefahr ist latent unter uns, in manchen Gegenden hat sie sich in Jugendclubs und Rathäusern eingenistet. Das wird gemeinhin von den Bürgermeistern dort heruntergespielt – wer will schon als braun verseucht gelten? Manchmal machen die neuen Nazis Schlagzeilen mit Konzerten im sonst stillen Heidewinkel, dann spielen sie Katz und Maus mit der Polizei und feixen sich eins. In Leipzig meldet der Hamburger NDP-Mann Worch mit stupider Hartnäckigkeit Demonstrationen vom Hauptbahnhof zum Völkerschlachtdenkmal an. Gerichte und Polizei schränken mit harten Auflagen ein, Bürger stellen sich dagegen, umfangreich und

teuer ist der Polizeischutz. Bislang ging es immer ohne größeren Krawall ab, nie erreichten die formierten Glatzen ihr Ziel. So langsam mussten wir Leipziger uns an dieses Ritual wie an einen lästigen Fußpilz gewöhnen. Nur ein Verbot der NPD hätte den Spuk verhindern können, aber der Versuch dazu scheiterte jämmerlich. Nun sitzen Vertreter der Braunen im Parlament, nur einer weniger als von der uralten, im Dämmer Schlaf liegenden Oma SPD.

Immerhin: Zum ersten Mal seit der Weimarer Republik erreichte mit dem Leipziger Gunter Hatzsch ein Sozialdemokrat in Sachsen ein Direktmandat. Die kleine Fraktion mit vielleicht einem Minister könnte es getrost der CDU überlassen, für Wirtschaftsaufschwung und damit für Arbeitsplätze zu sorgen. Damit rege ich freilich nicht höhnisch an, ihr den Schwarzen Peter zuzuschieben. Endlich dürfte die SPD erklären, dass Vollbeschäftigung infolge immer besserer Maschinen unmöglich ist und nie zu erreichen sein wird – wird sie das tun? Die SPD muss denen Hilfe und Orientierung geben, die abseits eines erfüllten Arbeitslebens stehen *müssen*. Und wenn nicht die ganze SPD-Spitze zu solcher Neuorientierung fähig ist, wovon ich überzeugt bin, dann sollte sich wenigstens ein Armenflügel herausbilden, der sich so oder auch Regine-Hildebrandt-Kreis nennen könnte. Schwung und Ideen dieser unvergessenen Frau fehlen an allen Ecken und Enden. So pfeife ich hoffnungsvoll hinein in den Wald. August Bebel, die Bürger von Stötteritz und Mölkau und ihre Bücher – ich habe meinen politischen Arbeitsplatz gefunden.

Meine Damen und Herren, natürlich sind Sie nicht alle Sympathisanten der SPD – das wäre ja noch schöner! Wenn ich jetzt bevorzugt über die Sozialdemokratie gesprochen habe, dann, weil sie dort, woher ich komme, ihren Part so jämmerlich spielt. Bedenken Sie diesen Unterschied: Ein Sozialdemokrat im Westen verfügt, so er alt genug, über ein Seelenpolster: Er hat noch Willy Brandt und Helmut Schmidt erlebt und zehrt notfalls von glorreichen Erinnerungen. Diese innere Reserve fehlt im Osten. Da steht einer schnell nackt da. Genossen, schlagt nach bei Bebel.

Es hieß vor fünfzehn Jahren, nun wachse zusammen, was zusammen gehöre. Heute wissen wir, dass dieser Prozess sehr lange dauert, und manche argwöhnen, er sei erst abgeschlossen, wenn alle, die Ost und West getrennt erlebten, tot sind. Wir wissen es von Otto Reutter: In fünfzig Jahren ist sowieso alles vorbei.

Dieses Jahr wurde des Vereinigungstags sehr verhalten gedacht. Das Volk feierte nirgends, es hat seine Sorgen. Die Oberen priesen sich selber so gut wie nicht, ein erstaunlicher Vorgang.

Die Opfer des DDR-Regimes wissen inzwischen längst, dass sie, wie gewohnt ohne Lobby, in den Vereinigungsverträgen nicht berücksichtigt wurden. Die Zusatzrenten der DDR für ihre Staatstragenden bis hin zu den Lehrern wurden festgeschrieben, das kostet uns heute Unsummen, die noch wachsen werden, denn auch die betagten Genossen, nun optimal ernährt durch lang entbehrte Südfrucht, auf Urlaubsreisen alte Versäumnisse nachholend, mit immer besseren Pillen gegen

kleinere Unbill wohl versehen, werden immer älter. Verständlich, dass für eine Opferrente unter diesen Umständen kein Geld im Staatssäckel ist.

Anfang der neunziger Jahre war ich bei Verhandlungen in Bonn dabei. Justizminister Kinkel schien auf unserer Seite zu sein, aber sein direkter Vorgesetzter, Kassenwart Waigel, verwies ihn in seine Grenzen. Pro Monat Haft gab es eine Entschädigung, unterschiedlich in Ost und West, weitere Hilfen wegen Krankheitschäden, Rentenbenachteiligung oder beruflicher Verluste wurden schwammig formuliert und blieben weitgehend unwirksam. Ich entsinne mich mit Grausen meiner Irrgänge durch den Behördendschunzel, und dabei bin ich doch leidlich erfahren mit dem Ausfüllen von Fragebögen und nicht schlecht geübt, mich durch Vorzimmerhürden zum Entscheidungsträger hindurchzutelefonieren. Die übelsten Bürokraten erlebte ich im sächsischen Justizministerium unter Heitmann. Der war dann mal als Bundespräsident im Gespräch. Es hätte ja alles noch viel schlimmer kommen können.

Damals in Bonn. Dem Bundestag war es im Wasserwerk zu klein geworden, die Vertreter des Volkes ließen sich eine neue Wirkungsstätte bauen, dort hatten sie's großzügig. Wer hinaus schaute, sah auf dem Rhein die Schifflein fahren hinauf zur Loreley. Aber nein, sie mussten noch höher hinaus, nach Berlin in den Reichstag! Die Abstimmung war knapp, das Zünglein an der Waage bildete die Fraktion der PDS, denn in ihr herrschte Berlinzwang, während alle anderen dem Gewissen des Einzelnen freien Lauf ließen. Ohne die PDS kein Umzug – was wäre uns alles erspart geblieben.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich Großes vorgenommen auf Ihrem Kongress. Über soziale Ungleichheit und kulturelle Unterschiede soll nachgedacht werden, ein unermessliches Feld. Es ist mir eine Ehre, zu Ihnen sprechen zu dürfen, und ich zitiere zustimmend einen zentralen Satz in der Einführung zum Kongress: »In jedem Fall gilt: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit ist eng mit unterschiedlichen und sich wandelnden Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität verknüpft.«

Dieser Tage ist von höchster deutscher Warte über Unterschiede von Ost und West, Nord und Süd die Rede gewesen, das führte zu verkürzten Darstellungen, Debatte und Streit. In einem gerade erschienenen Buch über die Mauerschützenprozesse fand ich eine erschreckende Betrachtung über etwas, das in Ost und West *ähnlich*, wenn nicht *gleich* ist. Roman Grafe heißt der Autor, »Deutsche Gerechtigkeit« ist der vor Hohn tiefende Titel. Grafe fiel schon einmal auf, 2002 erschien, ebenfalls im Siedler-Verlag, sein Buch »Die Grenze durch Deutschland«. Auf mehr als 500 großformatigen Seiten schildert Grafe das Geschehen um den Grenzort Probstzella in Thüringen. Den Hang hinauf beginnt Bayern. Kapitel für Kapitel stockt einem der Atem. Nun hat Grafe endlose Gerichtsverhandlungen gegen die

Verantwortlichen für Todesschüsse, Splitterminen, Hundelaufanlagen an der inner-deutschen Grenze besucht und darüber ein zweites Buch geschrieben.

Die Austüftler und Befehlshaber saßen im Politbüro. Sie standen vor Gericht wie Generäle, Abschnittsbefehlshaber und die jungen Männer ganz vorne mit ihren Maschinenpistolen, die den Befehl ausführten, Grenzverletzer zu hindern, festzunehmen oder zu vernichten. Meist stellten sie ihre Waffe auf Dauerfeuer. Die Strafen waren gering und wurden fast immer zur Bewährung ausgesetzt. Wir lesen von patzigen Politikern und frechen Verteidigern, von wenig Reue, von Trotz gegen das, was Egon Krenz stupid »Siegerjustiz« nennt. Wieder ist ein Buch von beklemmender Dichte entstanden. Da dieser Komplex abgeschlossen ist – die letzten Prozesse dieser Art gingen kürzlich über die Bühne –, ist die Phase der Zeitgeschichte, von Barbara Tuchman als »Geschichte, die noch qualmt« eingeschränkt, vorbei; wir dürfen in die Ära der Geschichtsschreibung eintreten.

Roman Grafe stellt Fragen. Ich zitiere: »Warum haben die Juristen selbst dort geringe Strafen beantragt oder verhängt, wo höhere oder überhaupt spürbare Bestrafungen hätten verhängt werden können, ja müssen? Liegt es auch daran, dass die Opfer des DDR-Grenzregimes sich durch die Flucht eindeutig von ihrem Staat abwanden, den die Täter vertraten, und sich bundesdeutsche Staatsanwälte und Richter in erster Linie als Diener ihrer Staatsgewalt verstehen? Stehen die Täter den Recht sprechenden Richtern in Bezug auf Laufbahn und Stellung im Staatsapparat – bewusst oder unbewusst – näher als die Opfer, die sich nicht länger anpassen wollten oder konnten?«

Also immerhin auf der Ebene beiderseitiger Staatsraison erlebten wir Übereinstimmungen zwischen West und Ost in der Nachfolge des Kalten Krieges. Dem werde ich nachforschen, nachfühlen. Wir befinden uns auf einem Gebiet für Soziologen *und* Schriftsteller.

Meine Damen und Herren, hoffentlich kommen Sie wenigstens jetzt zu der Auffassung, dass es nicht gänzlich falsch ist, mich an Ihrem Kongress teilhaben zu lassen.

Das Schlusswort zum vierten Oktober. Damals wurden wir Ostdeutschen in die demokratische Freiheit entlassen. Es ist nicht leicht, jemandem zu erklären, was Freiheit ist, der sie besitzt. »Die Freiheit ist eine Kerkerpflanze«, lehrt uns Heinrich Heine. Was heute selbstverständlich ist, kann man Nachwachsenden am besten dort erläutern, wo die Freiheit einst aufhörte, an einem Grenzbach etwa, der ein Dorf zerschnitt. Hier und da ist noch ein Wachturm erhalten. Mal wieder hingehen, Freunde, und die Enkel mitnehmen!

Wie begehen andere Völker ihren Nationaltag? Ich denke an die Norweger. In Oslo ziehen frühmorgens Zehntausende von Kindern zum Königsschloss, seine Majestät spricht wenige Worte, und dann wird gespielt und gelacht den ganzen langen Tag. Abgewandelt: Thüringens und Sachsens Kinder treffen sich mit gleich-

altrigen Hessen und Bayern, Soziologen können dabei sein und Schriftsteller, Lehrer und Eltern, Politiker sogar und Pfarrer auch, aber die Hauptpersonen sollten die Kinder sein. Sie nehmen in Besitz, was sie in einigen Jahren verwalten müssen, verantwortungsvoll, phantasie reich und klüger als wir sowieso. Norwegens Kronprinz wurde gesichtet, als er, umringt von Kindern, landestypischen Lachs grillte. Professor Rehberg und ich am Bockwurststand – vielleicht sehen wir uns nächstes Jahr wieder.